

krisis-Working Paper Nr. 8, September 2026

Der Erpresser-Staat

Wie die Wiege der liberalen Demokratie zu deren Grabstätte wird

Ernst Lohoff

Zitation: Lohoff, Ernst: Der Erpresser-Staat. Wie die Wiege der liberalen Demokratie zu deren Grabstätte wird. *krisis-Working Paper* 8, 2026. URL: <https://www.krisis.org/2026/der-erpresser-staat/>

Vortrag auf dem Krisis-Sommerseminar 2026

1.

Im folgenden Referat soll es um die historische Einordnung des Trumpismus gehen. Eins vorweg: Zwar habe ich in den letzten zwei Jahren etliche Texte zur Entwicklung in den USA publiziert, ich bin aber kein USA-Spezialist, der sich lebenslang mit den Besonderheiten der US-amerikanischen Gesellschaft auseinandergesetzt hätte. Meine theoretische Grundlage ist eine wertkritische Analyse der Dynamik des kapitalistischen Weltsystems und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen. Entsprechend sieht die Ausrichtung des heutigen Referats aus. Es geht in erster Linie darum, warum gerade in der heutigen historischen Situation rechte Strömungen Konjunktur haben. Wie hängt das mit den Veränderungen zusammen, die der Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat? Die USA werden als Fallbeispiel für eine allgemeinere Entwicklung behandelt. Natürlich sind auch die Besonderheiten der MAGA-Bewegung gegenüber der europäischen Rechten Thema. Aber auch die Antwort auf diese Frage wird nicht in der von Europa abweichenden Vorgeschichte als Einwanderungsland und Sklavenhaltergesellschaft gesucht, sondern in der besonderen Stellung der USA in der gegenwärtigen internationalen Arbeitsteilung und im kapitalistischen Weltsystem.

Diese Herangehensweise unterscheidet sich also von gängigen Erklärungsmustern. In der öffentlichen Debatte werden die USA oft isoliert betrachtet. Vor allem aber wird der Trumpismus als eine Wiederkehr aus der Geschichte schon bekannter Zustände gedeutet. Die einen sprechen von einer Rückkehr der USA zu ihrer isolationistischen Tradition, die anderen von einer Wiederkehr von Imperialismus und Faschismus. Mit derlei Gleichsetzungen lassen sich allerdings nur die

ideologischen und mentalitätsgeschichtlichen Potentiale benennen, die die MAGA-Bewegung abrufte. Warum das aber gerade unter den heutigen Bedingungen so gut funktioniert – und in den USA noch wirkmächtiger als in Europa –, bleibt im Dunkeln.

Entsprechend dieser Ausrichtung gliedert sich das Referat in zwei Teile. Zunächst werde ich allgemein der Frage nachgehen, warum die liberale Demokratie in den westlichen Ländern im 21. Jahrhundert zum Auslaufmodell wird. Erst im zweiten Teil geht es dann um die USA. Eingangs behandle ich die Frage, warum ausgerechnet die einstige Wiege der liberalen Demokratie die Vorreiterrolle bei deren Zerschlagung übernimmt. Anschließend werde ich mich kritisch mit der weitverbreiteten Vorstellung auseinandersetzen, die aktuelle Entwicklung in den USA sei eine Neuauflage vergangener Zustände. Wer die USA auf dem Rückweg in den Isolationismus sieht oder eine Wiederkehr von Imperialismus und Faschismus erwartet, verfehlt die neue Qualität der gegenwärtigen Entwicklung. Um diese zu erfassen, so meine These, muss man den Trumpismus als Zerfallsprodukt der sich in Auflösung befindlichen liberalen Demokratie begreifen.

2.

In der herrschenden Ideologie gilt es als ausgemacht, dass liberale Demokratie und Marktwirtschaft zwei Seiten derselben Medaille sind. Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck brachte dieses Credo vor ein paar Jahren in seiner Dankesrede zur Verleihung der Lutherrose folgendermaßen auf den Punkt: „Der liberale Denker Friedrich August von Hayek hat zweifelsohne Recht, wenn er feststellt, dass die Freiheit in der Gesellschaft mit der Freiheit in der Wirtschaft untrennbar verbunden ist.“

So viel ist an dieser Behauptung richtig. Es gab tatsächlich einmal eine Epoche, in der kapitalistische Wirtschaftsweise und liberale Demokratie miteinander Hand in Hand gingen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gingen Demokratie und Kapitalismus für etwa vier Jahrzehnte eine feste Verbindung ein. Vor allem aber legt Gauck eine falsche Spur, wenn er sich ausgerechnet auf Hayek beruft. In der Blütezeit der liberalen Demokratie war das Wirtschaftsleben nämlich keineswegs von den Vorstellungen von Hardcore-Neoliberalen wie Hayek geprägt. Die liberale Demokratie war im Gegenteil eine Frucht des „sozialdemokratischen Zeitalters“ (Ralf Dahrendorf). Damals wurden die Marktkräfte stark vom Staat reguliert und es entstand ein breiter Sektor staatlicher Daseinsvorsorge – in den Augen von Gaucks marktradikalem Kronzeugen alles Teufelswerk.

Im späten 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Arbeiterbewegung die wichtigste Vorkämpferin des Demokratisierungsprozesses und für eine Ausweitung der staatlichen Daseinsvorsorge im Interesse der Lohnabhängigen. Das liberale Lager bekämpfte diese Forderungen als Gefahr für die individuellen Freiheitsrechte. Nach den Weltkriegen gaben die Vertreter des Liberalismus diesen Widerstand auf. Es war jetzt gesellschaftlicher Konsens, dass auch die Lohnabhängigen gleichberechtigte Warenbesitzer sind und dass deren Interessen für das Handeln der Staatsmacht genauso wichtig sein sollen, wie das Verwertungsinteresse des Kapitals. In den linken Debatten firmiert diese besondere

Konstellation unter der Überschrift „fordistischer Klassenkompromiss“. Dabei bleibt allerdings ein entscheidender Punkt in der Regel unterbelichtet: Dieser „Klassenkompromiss“ war nicht einfach nur den politischen Kräfteverhältnissen geschuldet; er hatte auch so etwas wie eine „materielle Grundlage“. Zum einen war die Ware Arbeitskraft im Industriekapitalismus noch als Quelle des Werts *die Schlüsselware* im System des kapitalistischen Reichtums. Nicht nur die Arbeitskraftverkäufer waren vom Kapital abhängig, sondern umgekehrt auch das Kapital von der industriellen Lohnarbeiterschaft. Zum anderen existierten damals noch relativ geschlossene Nationalökonomien und mit ihnen ein gemeinsamer Bezugsrahmen, in dem sich die Interessen von Kapital und Arbeit unter einen Hut bringen ließen.

Diese fordistische Ordnung geriet schon in den 1970er-Jahren in die Krise. Der Umfang der industriellen Arbeit begann zu schrumpfen. In allen kapitalistischen Kernstaaten fielen die Wachstumsziffern in den Keller, während die Inflationsraten in die Höhe schnellten. Das Kapital fand einen Ausweg aus dieser Krise. Ein ganz neuer Typus von Kapitalismus entstand. Der Wirtschaftsmotor ist seitdem nicht mehr die Mehrwertauspressung, sondern die Schöpfung fiktiven Kapitals. Es entstand ein System, das man als „inversen Kapitalismus“ bezeichnen kann. Seine Basisindustrie ist nämlich der Finanzüberbau – die Vermehrung von Kapital an den Finanzmärkten. Gleichzeitig kam es zu einer Transnationalisierung der Kapitalkreisläufe. Das betrifft nicht nur die Finanzströme, sondern auch die Industrie und die Dienstleistungen.

Diese Entwicklung unterminiert jedoch die Grundlage, auf der sich Liberalismus und Demokratie einst versöhnen konnten. Zum einen fallen die Bezugssysteme, in denen Kapital und Arbeit für ihre jeweiligen Interessen eintreten, auseinander. Die Interessenvertretung der Arbeitskraftverkäufer bleibt an den nationalstaatlichen Rahmen gebunden. Das Kapital operiert dagegen weltmarktunmittelbar. Es wird vaterlandslos und droht permanent mit Standortverlagerungen. Allein das macht das Verhältnis von Kapital und Arbeit zunehmend asymmetrisch. Hinzu kommt die Verlagerung der Akkumulationsdynamik an die Finanzmärkte. Die Lohnabhängigen sind nach wie vor auf das Kapital angewiesen, um Beschäftigung zu finden und ihren Lebensunterhalt zu sichern. Für das Kapital spielt die Arbeit dagegen eine immer geringere Rolle.

Diese Entwicklungen haben weitreichende Auswirkungen auf die politische Sphäre. In der fordistischen Konstellation gelang es dem Staat recht gut, seine Funktion als ideeller Gesamtkapitalist mit seiner Rolle als Garant der Daseinsvorsorge für die breite Masse zu vereinen. Im Zeitalter des inversen Kapitalismus drifteten diese Funktionen jedoch immer weiter auseinander. In den liberalen Demokratien entscheidet sich der Staat in diesem Zielkonflikt für den Primat der Wirtschaft. Aus Vater Staat wird für immer breitere Bevölkerungskreise letztlich ein Stiefvater. Die liberale Demokratie versagt zunehmend beim Interessenausgleich – ihrer einstigen Königsdisziplin. Diese Entwicklung wird dadurch verschärft, dass sich die Interessenlagen im Gefolge von Neoliberalismus und Vereinzelung extrem ausdifferenzieren. Die relativ geschlossenen Sozialmilieus und vorgezeichneten Lebensläufe, die es im Zeitalter der Massenarbeit noch gab, haben sich aufgelöst. Je

zerklüfteter die Interessenlandschaft, desto hoffnungsloser überfordert ist der liberale Staat mit deren Synthese.

In der Warengesellschaft ist Politik nie nur Interessenpolitik. Sie muss auch eine gemeinsame Identität stiften, die Staat und Gesellschaft über die gegensätzlichen Interessen hinweg zusammenhält. In dieser Disziplin war die liberale Demokratie jedoch noch nie besonders gut. Was die Stiftung kollektiver Identität betrifft, lebte sie vom Erbe früherer Phasen kapitalistischer Entwicklung. Seit dem 19. Jahrhundert hielten drei Bänder die westlichen Gesellschaften zusammen: die Arbeitsreligion, das Bekenntnis zum jeweiligen nationalen Wir und die moderne patriarchale Geschlechtsidentität. Die liberalen Nachkriegsdemokratien in Europa und Nordamerika übernahmen diese drei Klammern und ergänzten sie um den Antikommunismus. Wie in anderen Ländern auch kam man in Deutschland erst sehr spät auf die Idee, die eigene Gesellschaft mit einem genuin liberal-demokratischen Identitätsangebot zu beglücken. Seitdem Dolf Sternberger 1979 in einem FAZ-Leitartikel einen „Verfassungspatriotismus“ beschwor, geistert dieses Schlagwort durch die liberale Öffentlichkeit. Eine große Ausstrahlung hatte dieses neue Bekenntnis allerdings nie. Das ist wenig überraschend. Schließlich ist eine inhaltsleerere und abstraktere Kollektividentität als das gemeinsame Bekenntnis zu bestimmten Verfahrensmodi kaum vorstellbar.

Die Krise der liberalen Demokratie hat sich über viele Jahrzehnte aufgebaut. Sie begann schleichend schon im letzten Jahrtausend. Damals ersetzte die neoliberale Trickle-Down-Theorie die reale Berücksichtigung der Interessen der unteren Einkommensklassen. Sie besagt: Wenn es „unserer“ Wirtschaft und den Vermögenden nur gut genug geht, dann tropft der Wohlstand auch in die darunter gelegenen sozialen Etagen. Für die Unterschichten war dieses Versprechen von Anfang an blanker Hohn. Mit dem Dot-com-Crash von 2000 und der großen Finanzkrise von 2008 verlor diese Doktrin aber auch für breite Teile der Mittelschichten jede Plausibilität. Mindestens genauso wichtig ist aber etwas anderes: Die Veränderungen, die der Kapitalismus seit den 1980er-Jahren durchgemacht hat, lösen gleichzeitig den identitären Kitt auf. Was die Arbeitsreligion angeht, markiert die Finanzkrise von 2008 den Umschlagpunkt von der schleichenden Aushöhlung zur manifesten Legitimationskrise. Um eine weltwirtschaftliche Kernschmelze zu verhindern, war die Politik gezwungen, das notleidende Bankensystem zu retten. Damit versündigte sie sich an der Religion der Arbeit, die sie tagaus, tagein predigt. Einerseits verstieß die Bankenrettung eklatant gegen die herrschende, am Äquivalenzprinzip ausgerichtete Gerechtigkeitsvorstellung. Ausgerechnet zugunsten der für die Krise verantwortlichen Akteure wurden von den Regierungen und Zentralbanken astronomische Summen mobilisiert. Andererseits schenkte die Politik dem Publikum zwar nicht in Worten, aber in Taten reinen Wein darüber ein, was „systemrelevant“ ist: der Finanzüberbau und seine Dynamik, nicht die dauernd beschworenen „hart arbeitenden Menschen“.

Die Konstruktion von Kollektividentitäten erfolgt stets durch klare Abgrenzungen zwischen den zum „Wir“ Zugehörigen und den „Anderen“. In der fordistischen Phase beteiligten sich sowohl das Kapital als auch der liberale Staat aktiv an der Privilegierung des weißen,

inländischen Arbeitsmannes, der Aufrechterhaltung eines nationalen „Wir“ und der patriarchalen Geschlechterordnung. Unter den Bedingungen des postfordistischen Kapitalismus ist dies für das Kapital jedoch dysfunktional geworden. Es liegt im Interesse des transnationalen Kapitals, sich freien Zugang zu allen Ressourcen zu verschaffen. Bei der Arbeitskraft schließt das auch Frauen und Inhaber eines fremden Passes ein. Das hat natürlich weder aus dem Kapital noch aus dessen staatlichen Maschinenten einen Vorreiter im Kampf gegen Rassismus und Sexismus gemacht. Die Indolenz hat jedoch Raum für emanzipatorische Bestrebungen gelassen und zur Zersetzung der überkommenen identitätspolitischen Ordnung beigetragen. Solange der neue Typus von Kapitalismus halbwegs reibungsarm funktionierte, blieb die Erosion der liberalen Demokratie ein schleicher Prozess. Im Gefolge des Krisenstakkatos, das seit einigen Jahren das weltgesellschaftliche Gefüge erschüttert, wurde sie aber manifest und es kommt zu einem massiven autoritären Backlash.

Der Grundmechanismus ist recht simpel. Ob Finanzmarktkrise oder Corona-Pandemie – in breiten Bevölkerungsschichten hat sich das Gefühl eines grundlegenden Kontrollverlustes breitgemacht. Man fühlt sich einer fremden bedrohlichen Macht ausgeliefert. Gleichzeitig wird die kapitalistische Wirtschafts- und Lebensweise aber als unhintergebar akzeptiert und propagiert. Die heute dominante Verarbeitungsform dieser Mischung aus Krisenstimmung und Kapitalismus-Apologie ist der Rechtsautoritarismus. Er macht für die strukturelle Misere der kapitalistischen Gesellschaft bössartige oder unfähige Subjekte verantwortlich und eröffnet mit der Mobilisierung gegen diese eine phantasmagorische Handlungsperspektive.

In Europa und den USA wird in neurechten Kreisen bekanntlich gerne vom „großen Austausch“ schwadroniert. Dieses Narrativ verarbeitet insofern eine reale Entwicklung, als der weiße Arbeitsmann tatsächlich ein Auslaufmodell ist und die kapitalistische Wirtschafts- und Lebensweise an ihre Schranken stößt; der Clou besteht darin, aus diesen strukturellen Veränderungen einen bewussten Auslöschungsplan perfider Eliten zu machen. Auf diese verrückte Weise schafft sich nicht nur die Kränkung über die Erosion der eigenen privilegierten Stellung Luft, zugleich können so Krisenängste ausgesprochen und gebannt werden. Wenn man den „Systemparteien“ das Handwerk legt, die LGBTIQ-Communitys niederwalzt und Frauen und Migrant*innen den ihnen gebührenden Platz zuweist, dann, so verspricht man sich, kehrt die alte Herrlichkeit zurück. Sollte die Rechnung doch nicht aufgehen, hat man zumindest Rache für die erlittenen Demütigungen genommen. Der Kern der rechtsautoritären Weltdeutung lässt sich demnach auf einen Satz zusammenziehen: Die gesellschaftlichen Verwerfungen, die der inverse Kapitalismus anrichtet, werden dem politischen Liberalismus angelastet.

Wenn diese rechtsautoritären Deutungsmuster das politische Handeln bestimmen, verändert sich die Rolle der Politik grundlegend. Seit der Jahrtausendwende bestand deren Hauptbeschäftigung in der Krisenverwaltung und im verzweiferten Versuch, die gesellschaftlichen Widersprüche unter dem Deckel zu halten. Sie erschien daher nicht zu Unrecht als getrieben und reaktiv. Der rechte Autoritarismus simuliert Handlungsfähigkeit,

indem er die strukturelle Krise personalisiert und die Gesellschaft im Zeichen der Identitätspolitik aktiv spaltet. Sobald diese Strömungen das Gesetz des Handelns an sich reißen, wird die Politik zu einem eigenständigen zusätzlichen Krisenfaktor.

3.

Die zentrale These dieses Referats ist hoffentlich deutlich geworden: Liberale Demokratie und Kapitalismus waren letztlich nur in einem bestimmten Stadium der kapitalistischen Entwicklung miteinander kompatibel. Genauer gesagt: Die liberale Demokratie taugt nur als Herrschaftsform für einen Kapitalismus, in dem sich Kapital und Arbeit auf Augenhöhe begegnen. Diese Phase der kapitalistischen Entwicklung ist jedoch Geschichte. Der Rechtsautoritarismus ist ein Zerfallsprodukt der liberalen Demokratie. Er entspringt dem von der Finanzmarktdynamik getragenen, inversen Kapitalismus und dessen Krise.

Wenn man diese These vertritt, drängt sich natürlich die Frage auf, warum ausgerechnet die USA die Federführung bei der Zerstörung der liberalen Demokratie übernehmen. Die Antwort liegt in der besonderen Position der USA in der transnationalen Arbeitsteilung. Diese sorgt dafür, dass die Entmachtung der Arbeit und der soziale Polarisierungsprozess dort wesentlich weiter fortgeschritten sind als beispielsweise in der EU. Seit der Zeit Reagans setzen die USA darauf, Wachstum durch die Entfesselung der Finanzmärkte zu generieren. Sie exportierten im großen Stil Zukunftsversprechen in Gestalt von Aktien oder Schuldtiteln in alle Welt und bauten damit vor allem eine weltmarktbeherrschende Stellung im IT-Sektor auf. Im Gegenzug überließen sie die industrielle Produktion den Ländern in Ostasien, vor allem China, und der EU, vor allem Deutschland. Diese Arbeitsteilung befeuerte zwar die Weltwirtschaft, in den USA führte sie jedoch zu einer Deindustrialisierung. Und auch wenn die boomende IT-Branche den USA Überschüsse in der Dienstleistungsbilanz beschert, ist ihr Beschäftigungseffekt begrenzt. Auf der Gehaltsliste von Microsoft, Google, Apple und Meta stehen in den USA mit ihren 340 Millionen Einwohnern insgesamt gerade einmal 356.000 Menschen. Breite Teile der arbeitenden Bevölkerung wurden in den Billiglohnsektor abgedrängt und marginalisiert. Ganze Regionen erlebten einen Absturz sondergleichen. Stichwort: Rust Belt. 1980 lag der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Beschäftigung noch bei 21 Prozent. 2024 waren es nur noch 8 Prozent. In Deutschland ging der Anteil der Industriearbeit an der Beschäftigung dank seiner Stellung in der internationalen Arbeitsteilung weit langsamer zurück. Im Jahr 2024 lag er immer noch bei knapp 24 Prozent. Entsprechend verzögert ging der Rückbau der fordistischen Ordnung vonstatten und blieb unvollständig.

4.

Wie eingangs erwähnt, ordnen viele Beobachter die MAGA-Bewegung diachron ein. Als Trump zum zweiten Mal ins Weiße Haus einzog und sich an sein großes Umgestaltungswerk machte, wurde häufig behauptet, es drohe die Rückkehr überwunden geglaubter Phasen des Kapitalismus. In der liberalen Öffentlichkeit war mal von einer Renaissance des

Imperialismus, mal von einer des Isolationismus die Rede, in linken Kreisen sprach man vor allem von einer Neuauflage des Faschismus.

Dass solche Vorstellungen auf große Resonanz treffen, ist leicht zu erklären. Man nimmt die MAGA-Bewegung und ihren Präsidenten beim Wort, die geradezu in nostalgischen Sehnsüchten schwelgen. Sie lassen keine Gelegenheit aus, in die historische Mottenkiste zu greifen. Schon der namengebende Slogan der MAGA- Bewegung ist aufschlussreich. Zum einen verspricht das *again* in „Make America great again“ eine Wiederaufrichtung einstiger Größe. Zum anderen handelt es sich um eine alte Parole. Mit ihr zog schon Ronald Reagan 1980 in seinen Wahlkampf gegen Jimmy Carter. Die Forderung „America First“ hat erst recht Patina. Sie stammt aus den 1930er-Jahren und war namensgebend für das *America First Committee*. Dieses bildete Anfang der 1940er-Jahre das Sammelbecken der Gegner des Kriegseintritts der USA. Das Aushängeschild dieser Strömung war der Atlantikflieger und Nazi-Versteher Charles Lindbergh.

Auch Trumps Annexionsphantasien in Bezug auf Panama, Grönland oder Kanada orientieren sich geografisch an alten Bestrebungen. Der 1914 eröffnete Panamakanal war ein US-amerikanisches Projekt und erst seit 1999 steht die Kanalzone vollständig unter der Verwaltung Panamas. Nachdem die USA 1867 Alaska dem Zarenreich abgekauft hatten, spielte das Außenministerium mit dem Gedanken, auch Grönland zu erwerben. Um sich Kanada einzuverleiben, haben die USA zwischen 1812 und 1814 sogar einen wenig erfolgreichen Krieg geführt. Und auch in seiner Rhetorik lehnt sich der Trumpismus eng an die expansionistische Ideologie des 19. Jahrhunderts an, wie sie etwa in John L. O'Sullivans berühmten Essay „Annexation“ Mitte des Jahrhunderts formuliert wurde: Dort heißt es: „the fulfillment of our manifest destiny to overspread the continent allotted by Providence for the free development of our yearly multiplying millions.“ Am 3. Januar 2026 hielt der US-Präsident eine Pressekonferenz zur Militärintervention ab und griff dankbar das Schlagwort „Donroe-Doktrin“ für seine Politik auf. Auch das war wieder eine historische Anspielung, nämlich auf die im Jahr 1823 vom damaligen US-Präsidenten Monroe verkündete Monroe-Doktrin.

Die MAGA-Bewegung und Trump haben die Pax Americana aufgekündigt und beziehen sich zur Legitimation gerne auf ideologische Konzepte, die die Politik des Landes vor dieser Epoche prägten. Das heißt allerdings noch lange nicht, dass die heutige US-amerikanische Politik einer ähnlichen Logik folgt wie im „langen 19. Jahrhundert“, also in der Epoche von 1789 bis 1914. Der weltkapitalistische Bezugsrahmen hat sich derart grundlegend verändert, dass sich hinter ähnlichen Parolen vor und nach der Pax Americana diametral entgegengesetzte Inhalte verbergen.

Im langen 19. Jahrhundert waren die USA eine junge, aufstrebende Nation und ein Avantgardeland der im Aufstieg begriffenen modernen Warengesellschaft. In dieser Zeit kennzeichnete eine klare Zweiteilung die Politik des Landes. Auf dem Doppelkontinent war sie expansiv-imperialistisch ausgerichtet, gegenüber den europäischen Mächten isolationistisch. Behandeln wir zunächst den Isolationismus, also die Frage des Verhältnisses

zu den konkurrierenden kapitalistischen Kernstaaten. Was bedeutete Isolationismus dereinst? Und was verbirgt sich heute hinter der aus dem Wortschatz des Isolationismus übernommenen *America-first-Politik*? Im nächsten Schritt wiederholen wir die gleiche Prozedur beim Stichwort Rückkehr des Imperialismus.

5.

Beim historischen *Isolationismus* ist zunächst einmal eine Präzisierung notwendig. Im strengen Sinn betraf der Isolationismus nämlich nur ein einziges Politikfeld, die Außenpolitik. Die USA wollten als „Gelobtes Land“ nichts mit den Konflikten des „alten Europa“ zu tun haben und die europäischen Mächte sollten die „Neue Welt“ mit ihren kolonialen Ambitionen verschonen. Dies war schon der zentrale Inhalt der bereits erwähnten Monroe-Doktrin von 1823. Sie wurde verkündet, nachdem fast alle lateinamerikanischen Länder im Windschatten der Napoleonischen Kriege ihre Unabhängigkeit von Spanien und Portugal errungen hatten. In den USA ging die Angst vor einer Rekolonialisierung um. Gegen diese Gefahr wandte sich die Monroe-Doktrin.

Was die Wirtschaftspolitik angeht, kann man insofern nicht von Isolationismus sprechen, als der agrarische Süden mit seinen Tabak- und Baumwollplantagen von Anfang an für den damaligen Weltmarkt produzierte. Allerdings gab es etwas Artverwandtes: den *Protektionismus*. Kurz nach dem Krieg mit Großbritannien um Kanada 1812–14 gingen die USA dazu über, Zollmauern zu errichten. Sie dienten dem Schutz der jungen US-amerikanischen Industrie vor der zunächst übermächtigen britischen Konkurrenz. Als Trump am 2. April 2025 seinen „Liberation Day“ ausrief und die Handelspartner mit Zollsätzen von im Schnitt 47 Prozent belegte, bewegte er sich damit ziemlich genau in der Größenordnung des McKinley Tariff von 1890. Auf McKinley hat sich Trump auch wiederholt explizit berufen. Der Protektionismus stand für eine autozentrierte Entwicklung – und war erfolgreich. Den USA gelang es seinerzeit, eine eigenständige Nationalökonomie zu formieren. Ende des 19. Jahrhunderts überholten die USA das einstige Mutterland als Industriemacht Nr. 1.

Auf einem anderen wichtigen Gebiet betrieben die USA dagegen das Gegenteil einer Abschottung gegenüber Europa, nämlich bei der Bevölkerungs- und Einwanderungspolitik. Die Monroe-Doktrin wird oft auf die Kurzformel „Amerika den Amerikanern“ gebracht. Dabei darf das Wort „Amerikaner“ indes nicht als Bezeichnung für die Gesamtheit aller Bewohner des Kontinents missverstanden werden. „Richtige Amerikaner“ waren nach dem herrschenden Verständnis nur die Nachfahren jener Einwanderer, die sich von West-, Nord- und Zentraleuropa in die Neue Welt aufgemacht hatten. Indigene, Schwarze und Asiaten zählten nicht dazu, Hispanics nur im Bedarfsfall. Im gesamten 19. Jahrhundert strömten Abermillionen europäische Auswanderer in die USA. Zwar wurden ab den 1870er Jahren Restriktionen in der Einwanderungspolitik eingeführt, die Zuwanderungsbeschränkungen richteten sich aber zunächst ausschließlich gegen Asiaten und später auch gegen Ost- und Südeuropäer.

6.

Der historische Isolationismus betraf ausschließlich das Verhältnis der USA zu Europa und bezog sich allein auf die Außenbeziehungen des Landes. Für die Ausgrenzungsideologie der MAGA-Bewegung gilt das in keiner Weise. Das beginnt schon damit, dass in deren Zentrum eine Frage steht, die beim historischen Isolationismus überhaupt keine Rolle spielte: der unerwünschte Zustrom von Menschen aus dem Globalen Süden. Und noch etwas anderes ist bemerkenswert. Die MAGA-Bewegung ruft zwar die schon aus dem 19. Jahrhundert bekannte rassistische Weltdeutung ab; die ist aber ganz anders eingefärbt als damals. Für die Rassisten des 19. Jahrhunderts war die Überlegenheit des weißen Mannes ebenso selbstverständlich wie die Vorstellung, die USA seien eine Nation europäischstämmiger Einwanderer. Die MAGA-Anhänger sehen sich dagegen in einer imaginären Notwehrsituation. Sie wenden sich in einem verzweifelten, fast amokartigen Furor gegen Hispanics, Schwarze und andere Gruppen, um die USA wieder in eine weiße Nation zurückzuverwandeln. Entsprechend geht es auch nicht nur um eine Begrenzung der Zuwanderung, sondern darüber hinaus um Remigration. Die Massendeportationen treffen auch Menschen, die de facto längst Teil der US-amerikanischen Gesellschaft geworden sind. Das Ergebnis dieses Bemühens ist gesellschaftliche Spaltung und Desintegration. Zum einen, weil massenhaft Menschen rassistisch verfolgt werden. Zum anderen, weil nicht alle über diese Verfolgung begeistert sind.

7.

Zu Beginn des Referats hatte ich die seit der Reagan-Ära entstandene internationale Arbeitsteilung skizziert. Die USA waren jahrzehntelang der Motor der Weltwirtschaft, da sie in großem Stil Aktien und Schuldtitel in alle Welt exportierten. Im Gegenzug konnten Länder wie China und Deutschland Industriegüter exportieren. Dafür übernahmen die USA die Weltmarktführerschaft in der durch den Börsenboom der 1990er-Jahre entstandenen IT-Branche. Dieses Modell befeuerte das Wirtschaftswachstum sowohl in den USA als auch weltweit, hatte für die USA jedoch auch einen Preis. Das Land erlebte eine Deindustrialisierung und eine sehr weit gehende soziale Polarisierung. Außerdem wuchsen die Auslandsschulden des Landes ins Astronomische.

Warum Trumps Wirtschaftspolitik als Rückfall in das 19. Jahrhundert verstanden wird, dürfte klar sein. Die USA betrieben im 19. Jahrhundert Protektionismus. Sie bauten ihre Nationalökonomie hinter Zollmauern auf. Trump versprach seinen Wählern eine Reindustrialisierung des Landes. Er hat oft genug wiederholt, mit welchem Zaubermittel er dieses Ziel zu erreichen gedenkt: „To me, the most beautiful word in the dictionary is tariff, and it's my favorite word.“

Betrachtet man die Zollpolitik isoliert, könnte man sie als Versuch deuten, zu einer geschlossenen Nationalökonomie zurückzukehren und die seit der Reagan-Ära entstandene internationale Arbeitsteilung rückgängig zu machen. Entsprechend gilt Trump als Deglobalisierer. Die Perspektive verändert sich jedoch, wenn man die beiden anderen Säulen

der aktuellen internationalen Arbeitsteilung berücksichtigt. Was die Abhängigkeit der USA vom Zufluss ausländischen Geldkapitals und ihre Position als mit Abstand wichtigster IT-Standort angeht, vertritt die US-Regierung nämlich einen knallharten Globalismus. Während die Trump-Administration nie müde wird, andere kapitalistische Länder für das gigantische Handelsbilanzdefizit der USA bestrafen zu wollen, verliert sie kein Wort über den Überschuss in der Dienstleistungsbilanz aufgrund der Riesengewinne der US-amerikanischen IT-Branche im Ausland. Stattdessen agiert die US-Regierung als der politische Schlägertrupp des Silicon Valley. Um nur das jüngste Beispiel herauszugreifen: Die EU-Kommission hat jüngst eine Strafe in Höhe von 890 Millionen Euro gegen Google verhängt, da der Konzern die digitalen Wettbewerbsregeln permanent verletzt. Trump reagierte prompt auf *Truth Social*: Die USA seien nicht das Sparschwein Europas, erklärte er, sprach von einer illegalen und diskriminierenden Praxis, ja sogar von Raub, den seine Regierung nicht dulden werde, und kündigte Strafmaßnahmen an.

Dies ist das genaue Gegenteil der auf den Aufbau einer eigenständigen Nationalökonomie ausgerichteten Wirtschaftspolitik des 19. Jahrhunderts. Die USA mischen sich massiv in die juristischen und ordnungspolitischen Entscheidungsprozesse der EU ein, um weltweit die Deregulierung des IT-Sektors durchzusetzen. Ein ganz ähnliches Bild zeigt sich in Bezug auf die Abhängigkeit vom Zufluss ausländischen Geldkapitals. Im 19. Jahrhundert wurde der Aufbau der US-Wirtschaft im Wesentlichen aus dem eigenen Land finanziert. Seit der Reaganomics-Ära ist die US-Wirtschaft dagegen auf den permanenten Zufluss von Anlage suchendem ausländischem Geldkapital angewiesen.

Um das an Zahlen festzumachen: 1986 wurden die USA erstmals seit 1914 zu einer Nettoschuldernation. Damals stand das Land mit 107,4 Milliarden Dollar im Ausland in der Kreide. 2023 waren es knapp 20 Billionen Dollar und ein Jahr später bereits knapp 27 Billionen. Ein Deglobalisierer müsste dem natürlich entgegensteuern. Die Trump-Regierung tut jedoch das Gegenteil. Ihre Steuersenkungspolitik hat die Staatsverschuldung noch einmal in die Höhe getrieben und die Abhängigkeit vom Ausland weiter verstärkt. Dank der KI-Blase funktioniert der Zufluss nach wie vor. Allerdings gilt der hochverschuldete US-amerikanische Staat an den Finanzmärkten als Sorgenkind und kann neue Staatspapiere nur mit erheblichen Zinsaufschlägen platzieren. Als Trump sein Amt antrat, mussten die USA für zehnjährige Staatsanleihen 4,6 Prozent Zinsen zahlen, Deutschland hingegen nur 2,5 Prozent.

Entsprechend macht man sich im Umfeld von Trump schon einmal Gedanken darüber, wie es weitergehen soll, wenn die Refinanzierung der Staatsschulden unbezahlbar wird. Stephen Miran, Trumps wichtigster Wirtschaftsberater, hat unter dem Namen Mar-a-Lago-Abkommen einen entsprechenden Plan entworfen. Dieser sieht vor, dass die ausländischen Zentralbanken ihre auf Dollar lautenden Währungsreserven – immerhin 7,7 Billionen Dollar – in zinslose Anleihen mit einer Laufzeit von 100 Jahren umtauschen sollen. Klartext: Die Zentralbanken anderer Staaten sollen den USA als Bad Banks für notleidende US-Staatsschulden dienen. Damit die betroffenen Staaten mitspielen, sollen die Gutwilligen mit günstigeren Zollsätzen belohnt werden. Wenn die Europäer und die Verbündeten in Fernost

trotz dieses Zuckerbrots nicht mitspielen, ist die Peitsche vorgesehen. Ihnen soll der atomare Schutzschild entzogen werden. Ein klarer Fall von Schutzgelderpressung.

Wenn man sich diese Zusammenhänge vergegenwärtigt, dann haben wir es mit einer ganz anderen Logik zu tun, als mit einer Rückkehr der USA zum historischen Isolationismus bzw. einer Entflechtung der weltwirtschaftlichen Beziehungen. Der Antiglobalismus der Trumpisten ist keiner. Er steht vielmehr für den Versuch, die Folgelasten eines globalisierten Kapitalismus zu externalisieren, während das Land die Vorteile weiterhin genießen soll. Ein solches Programm ist letztlich zum Scheitern verurteilt. Die USA zerschlagen die Ordnung, die unter ihrer eigenen Federführung entstanden ist, und stürzen den Weltkapitalismus ins Chaos.

8.

Unter Trump treten die USA nicht nur gegenüber den ungeliebten Ex-Verbündeten als Erpresser auf, sie zeigen sich auch im Globalen Süden ausgesprochen aggressiv und rücksichtslos. Das hat hiesige Beobachter dazu veranlasst, von einer Rückkehr des Imperialismus zu sprechen. In diesem Zusammenhang ist das Wort „Rückkehr“ allerdings doppelt irreführend. Zum einen haben die USA gegenüber Europa noch nie eine Politik imperialer Unterwerfung betrieben. Deshalb können sie auch nicht zu ihr zurückkehren. Gegenüber der kapitalistischen Peripherie sind die USA hingegen seit dem Mexikanisch-Amerikanischen Krieg von 1846 bis 1848 stets imperialistisch aufgetreten. Auch das verunmöglicht eine Rückkehr. Was sich in den letzten zwei Jahrhunderten verändert hat, war immer nur die Form des Imperialismus.

Schon im 19. Jahrhundert gingen die USA in ihrer Expansionspolitik einen anderen Weg als die europäischen Mächte. Diese errichteten konkurrierende Kolonialreiche, plünderten fremde Länder und Völker aus und hielten sie in politischer Abhängigkeit zum Mutterland. Dabei kam es permanent zu Konflikten darüber, welche europäische Macht die ausschließliche Verfügungsgewalt über dieses oder jenes außereuropäische Territorium an sich reißen durfte. Die USA betrieben dagegen fast ausschließlich Siedlerimperialismus. Unter Ausrottung der indigenen Bevölkerung weiteten sie die USA und damit den zum kapitalistischen Zentrum gehörenden geographischen Raum ungeheuer aus. Diese Einverleibungsbewegung auf dem Doppelkontinent endete im Westen am Pazifik und im Süden am Rio Grande. In ihrem lateinamerikanischen „Hinterhof“ begnügten sie sich in der Regel mit indirekter Kontrolle und verzichteten weitgehend auf Annexionen. Im Zeichen der Pax Americana setzte sich das US-amerikanische Modell gegenüber dem globalen Süden durch und die Kolonialreiche verschwanden. Gleichzeitig veränderte sich in der Blockkonfrontation das Verhältnis der imperialen Mächte untereinander. Die bisher konkurrierenden europäischen Imperialismen gingen zur Kooperation über und fusionierten unter der Hegemonie der USA zu einem westlichen Gesamtimperialismus. Der Übergang von einem Konfrontations- zu einem Kooperationsverhältnis kam allen kapitalistischen Kernstaaten zugute und bildete den politischen Rahmen nicht nur für den Nachkriegsaufschwung, sondern auch für den inversen, von der Finanzmarktdynamik

getragenen Kapitalismus der letzten Jahrzehnte. Genau dieses Kooperationsverhältnis kündigt der Trumpismus, nach dem Motto „Der Starke ist am mächtigsten allein“, auf.

Diese Rechnung dürfte auf mittlere Sicht schwerlich aufgehen. Im Augenblick profitiert das Erpresser-Regime noch davon, dass seine früheren Alliierten versuchen, so viel vom Status quo ante aufrechtzuerhalten, wie irgend möglich. Um Reste des westlichen Gesamtlands vorläufig zusammenzuhalten, kommen sie dem Trump-Regime weit entgegen. In dem Maß, wie die ökonomischen und politischen Krisenprozesse voranschreiten, verliert diese Umgangsweise aber zusehends ihre Grundlage. In der Konfrontation mit den ehemaligen Alliierten haben die USA aber letztlich die schlechteren Karten. Zum einen ist der Versuch, über die Zollpolitik eine Reindustrialisierung der USA zu erreichen, zum Scheitern verurteilt. Eine Abschottungspolitik führt aufgrund der Verflechtung der Realökonomie und der Abhängigkeit der US-amerikanischen Unternehmen von ausländischen Zulieferern zu Kostensteigerungen und Friktionen in den USA selber. An der steigenden Inflation lässt sich das schon ablesen. Vor allem aber ist die Achillesferse der US-Wirtschaft ihre Abhängigkeit vom Zufluss ausländischen Kapitals.

Auch im Verhältnis zum Globalen Süden führt die Neuausrichtung der Politik letztlich nur zu mehr Chaos, nicht jedoch zu mehr Kontrolle. „America First“ bedeutet, dass die USA wichtige Instrumente der Einflussnahme aus der Hand geben. So wurde beispielsweise die Entwicklungsbehörde USAID (United States Agency for International Development) weitgehend abgewickelt. Man verzichtet auf Imperialismus mit menschlichem Antlitz und setzt stattdessen auf Drohungen und militärische Kommandoaktionen. So produziert man *failed states*, errichtet aber kein Imperium. Der Sturz des venezolanischen Diktators Maduro wurde zwar als Erfolg gefeiert, das ist aber recht kurzsichtig. Ein Militärschlag kann zwar einen unliebsamen Machthaber aus dem Amt entfernen, er schafft aber noch keine stabile Nachfolgeordnung, die den USA dauerhaft nützt. Anders als im Kalten Krieg, als Regimewechsel meist in ein Geflecht aus wirtschaftlicher Aufbauhilfe, Militärbündnissen und loyalen Eliten eingebettet waren, fehlt dem heutigen Interventionismus genau diese institutionelle Tiefenstruktur.

Der Imperialismus Trumps spiegelt eher wider, wie sich die Trump-Klientel knallharte Machtpolitik vorstellt, kaum dagegen, wie eine imperialistische Politik heute funktionieren könnte. Wenn man das Grundprinzip der Trumpschen Außenpolitik auf einen Nenner bringen will, könnte man von „Externalisierungsimperialismus“ sprechen. Trump möchte alle Krisen dieser Welt von der eigenen Haustür fernhalten und gleichzeitig den Rest des Planeten als Müllhalde für die unerwünschten Abfallprodukte der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise sowie für „überflüssige“ Menschen nutzen. Dieses Ziel wird jedoch zwangsläufig verfehlt. Das Ergebnis dieser Vorgehensweise ist nicht nur eine Verschärfung der Probleme der übrigen Welt, die Weltkrise schlägt so oder so auf die USA zurück. Einen Vorgeschmack, wohin die Reise geht, liefert der Iran-Konflikt. Die Golfstaaten erleben derzeit, dass ein Bündnis mit den USA keine Sicherheit bietet, sondern vielmehr eine Gefahr darstellt. Imperien leben aber davon, dass der Hegemon die Hegemonisierten einbinden kann. Das hat

die Pax Americana vorbildlich geleistet. Der Imperialismus Trumps ist dagegen ein Programm zur Zerstörung eines Imperiums im Schnelldurchgang.

9.

Der letzte Punkt der Wiederkehr-Trilogie ist die Vorstellung, dass die Entwicklung in den USA auf eine Neuauflage des Faschismus hinausläuft, wie sie etwa der US-amerikanische Historiker Timothy Snyder vertritt. Diese Analogie hat deutlich mehr realen Gehalt als die beiden schon behandelten. Das Verhältnis der MAGA-Bewegung und ihres Präsidenten zu den Menschenrechten und der Gewaltenteilung gleicht dem des historischen Faschismus. Sowohl für den historischen Faschismus als auch für den Trumpismus sind Rassismus und die Verteidigung der patriarchalen Geschlechterordnung konstitutiv. Man muss außerdem kein Antisemitismusexperte sein, um in den diversen Verschwörungstheorien, die in der MAGA-Bewegung kursieren, die Muster des klassischen Antisemitismus wiederzuerkennen. In den 1920er Jahren erklärte Carl Schmitt die Unterscheidung von Freund und Feind zum Wesensmerkmal des Politischen. Vermutlich hat Donald Trump noch nie etwas vom späteren Kronjuristen des NS-Staats gehört. Trotzdem ist er ein praktizierender Schmittianer. Schon in seinen Wahlkampftiraden schlug Trump kritische Journalisten dem „enemy camp“ zu und bezeichnete die Demokratische Partei und jede Opposition als „the enemy from within“.

Trotz dieser unübersehbaren Gemeinsamkeiten gibt es fundamentale Unterschiede, die es irreführend machen, den italienischen Faschismus, den Nationalsozialismus und den Trumpismus mit demselben Label zu versehen. Als ein Zerfallsprodukt der neoliberalen Revolution hat die MAGA-Bewegung ein ganz anderes Verhältnis zum Staat als der NS und der italienische Faschismus. Die Zeit vom 1. Weltkrieg bis in die 1970er Jahre hinein war weltweit von einem Durchstaatlichungsprozess geprägt. Der NS zählte zu den entschlossensten Vorkämpfern, wenn es darum ging den Einfluss der staatlichen Instanzen auszuweiten. Das nationalsozialistische Deutschland baute nicht nur das Militär und den Repressionsapparat gewaltig aus, auch der zivile öffentliche Sektor wuchs erheblich. Hinzu kam der obligatorische Reichsarbeitsdienst, der 1935 zunächst für die männliche Jugend eingeführt und 1939 auch auf junge Frauen ausgeweitet wurde. Integraler Bestandteil dieses Etatisierungsprogramms war die Schaffung von wohlfahrtsstaatlichen Regelungen. Ich hatte am Beginn des Referats von der Doppelfunktion des Staates als ideellen Gesamtkapitalisten und als Garant der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge gesprochen. Der Begriff der Daseinsvorsorge wurde in der Zeit des NS geprägt.

Vor diesem Hintergrund muss man auch den Antisemitismus und die Volksgemeinschaftsideologie der Nationalsozialisten betrachten. Knapp ein Prozent der Bevölkerung wurde seinerzeit aus der „Volksgemeinschaft“ herausdefiniert. Für sie bedeutete das Ausschluss, Verfolgung und schließlich physische Vernichtung. Der übrigen Bevölkerung versprach der Nationalsozialismus hingegen Teilhabe an staatlichen Wohltaten, sofern sie arbeitswillig, arbeitsfähig und dem Regime gegenüber loyal war. Die Volksgemeinschaftsideologie war auf die repressive Integration der Gesellschaft ausgerichtet. Der Kontrast zum Trumpismus mit seinem Geraune vom *Deep State*, der die Menschen

bevormundet, könnte kaum schärfer ausfallen. Die MAGA-Bewegung bricht nicht mit dem neoliberalen Antietatismus, sondern treibt ihn auf die Spitze. Zwar ist die ursprünglich von dem Kettensäge schwingenden Elon Musk geleitete Staatszerschlagungsbehörde *Doge* inzwischen Geschichte, doch das Programm der *deconstruction of the administrative state* ist es keineswegs. Nicht nur der US-amerikanische Sozialstaat liegt in Trümmern. Man setzt außerdem auf die Privatisierung wichtiger Staatsfunktionen. So sank beispielsweise die Zahl der Beschäftigten bei den Bundesbehörden im Jahr 2025 um gut zehn Prozent und soll weiter schrumpfen.

Der Etatismus des NS war mit einer politischen Generalmobilmachung der „Volksgemeinschaft“ verbunden. Die Nationalsozialisten hatten nicht nur ein Faible für die Ästhetik von in Reih und Glied antretenden Massen, sondern setzten auch auf Massenorganisationen als zentrales Instrument zur Kontrolle und Einflussnahme. Im Jahr 1939 war jeder elfte Erwachsene Parteimitglied. Mithilfe der zahlreichen angeschlossenen Organisationen, wie der Deutschen Arbeitsfront, der HJ und der NS-Frauenschaft, versuchte das NS-Regime, das Leben der Einzelnen von der Wiege bis zur Bahre zu erfassen. Die Parole „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ stand für diesen völkischen Kollektivismus. In dieser Hinsicht steht der Trumpismus für das genaue Gegenteil. Ihrem Selbstverständnis nach handelt es sich bei der MAGA-Bewegung um eine Widerstandsbewegung gegen einen übergriffigen Staat. Waffengesetze und eine gesetzliche Krankenversicherung werden abgelehnt, weil sie das Individuum angeblich gängeln und seiner Freiheitsrechte berauben. Diese fundamentale Differenz hat natürlich auch eine sozialpsychologische Dimension. Für den Menschentypus, der davon träumt, in einem völkischen Großen Ganzen aufzugehen, hat die Kritische Theorie den Begriff des autoritären Charakters geprägt. Der libertäre Autoritarismus, der die MAGA-Bewegung kennzeichnet, lässt sich mit diesem Konzept jedoch nur bedingt erfassen. Wie Caroline Amlinger und Oliver Nachtwey in ihren Analysen betonen, sind die Protagonisten dieser neuen Form des Autoritarismus vor allem dem narzisstischen Persönlichkeitstypus zuzurechnen.

Die sozialpsychologische Dimension wäre jedoch ein Thema für sich, das den Rahmen dieses Referats sprengt. Hier nur so viel: Beim klassischen Autoritarismus unterwirft sich das Ich einer übergeordneten Autorität; beim libertären Autoritarismus erhebt sich das gekränkte Ich selbst zur Autorität. Im Trumpismus wird die narzisstische Selbstbehauptung zum politischen Programm. Auch wenn die MAGA-Bewegung mit ihrem Kult des weißen Amerikas eine kollektive Identität beschwört, setzt sie den Vereinzelungsprozess fort, der die neoliberale Phase kennzeichnete. Damit schließt sich der Kreis. Unser Ausgangspunkt war die Krise der liberalen Demokratie: Für deren Ausstrahlungskraft war entscheidend, wie gut sie die Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen zusammenführen konnte. Eine solche gesellschaftliche Synthese wird jedoch immer schwieriger, vor allem in einem sozial derart zerklüfteten Land wie den USA. Der Trumpismus zieht die Konsequenz aus dieser Situation. In puncto Interessenpolitik konzentriert er sich darauf, die unmittelbaren Interessen einzelner Konzerne und Branchen durchzusetzen. Den vom Finanzmarktkapitalismus gebeutelten

Schichten gegenüber setzt er hingegen konsequent auf die identitätspolitische Karte. Mit ihren Hasstiraden gegen die „liberalen Eliten“ und „kriminellen Migranten“ bedient er das Bedürfnis nach einer Projektionsfläche, an der sich der über lange Zeit aufgestaute Frust entladen kann. Der Preis für die ideologische Integration der eigenen Anhängerschaft ist allerdings die beschleunigte Desintegration der Gesamtgesellschaft. Zu den ökonomischen Fliehkräften, die seit Jahrzehnten wirken, kommen nun auch starke politische Fliehkräfte hinzu.